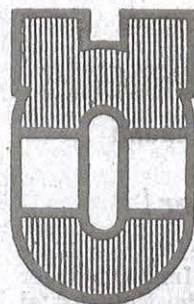


12/11 - 1/12 1959



# -DIENST

P. b. a.

Informationsblatt für Funktionäre, Redner und Mitarbeiter der OVP

Nummer 3

Erscheint monatlich

April 1959

## Einheitliche Grundlage für den Wahlkampf

So wie bei der letzten Nationalratswahl 1956 erscheint auch diesmal eine Wahlsondernummer des „Ö-Dienstes“ als Rednerunterlage. Zusammen mit der bereits erschienenen Wahlsondernummer „Das rote Wort“, also dem bereits vielfach bewährten SPÖ-Spiegel, und mit unserer programmatischen Broschüre „Was wir wollen“, die ebenfalls in großer Auflage herausgekommen ist, soll diese Rednerskizze allen Funktionären und Mitarbeitern der Partei in Stadt und Land in diesem Wahlkampf eine wertvolle Hilfe sein.

In acht Kapiteln sind die wichtigsten Themen, die in diesem Wahlkampf zur Sprache kommen, in möglichst knapper, aber auch anschaulicher Form behandelt. Ob nun die Sozialpolitik, landwirtschaftliche Probleme oder der Wohnungsbau behandelt wird — immer gehen die Darlegungen vom Standpunkt der Gesamtpartei aus. Sie bilden daher für jeden Mitarbeiter eine verlässliche und einheitliche Grundlage.

Generalsekretär Dr. Alfred Maleta

ÖVP 1959

Der Wahlauftritt der ÖVP:

## Fortschritt ohne gefährliche Experimente

Ein Programm für Österreichs europäische Zukunft

### Österreicherinnen und Österreicher!

Am 10. Mai entscheidet das österreichische Volk zum fünften Male seit 1945 über sein zukünftiges Schicksal. Immer wieder haben in diesem Zeitraum die Wähler die Österreichische Volkspartei mit der Hauptverantwortung in der Regierung betraut. Durch diese Wahlentscheidungen haben sie die Selbständigkeit des Landes, die Freiheit des einzelnen, die Stabilität des Schillings und damit den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für sich selbst und alle gesichert. Dies gilt auch für die Zukunft, denn nach wie vor ist und bleibt die ÖVP der alleinige Garant für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit.

Sie hat gemäß dem Wählerauftrag auch in der letzten Gesetzgebungsperiode bedeutende Initiativen ergriffen, die aufs neue ihre Volksverbundenheit und ihre sozial-fortschrittliche Politik bestätigen.

Allen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Trotz hat sie den Wert des Schillings und die Vollbeschäftigung im Land erhalten. Unter ihrer Führung vollzog sich ein staunenswerter Aufschwung der Wirtschaft, der eine moderne, großzügige Sozialpolitik ermöglichte.

So zum Beispiel die Neueinführung der Altersversicherung für die Bauern und Wirtschaftstreibenden und die großen Leistungen für Lohn- und Gehaltsempfänger, Rentner und Geschädigte aller Art.

Die ÖVP war bereit und gewillt, diese Politik bis zum normalen Ablauf der Gesetzgebungsperiode fortzusetzen.

Seit der Bundespräsidentenwahl zeigte sich jedoch, daß die Sozialisten einer Regierung unter der Führung der ÖVP keine Erfolge mehr gönnten. Sie legten die Koalition durch eine fortgesetzte Vetopolitik lahm und verhinderten so die Lösung lebensnotwendiger, grundsätzlicher Fragen.

Deshalb verlangte die ÖVP die Vorverlegung der Nationalratswahlen, damit so bald wie möglich eine arbeitsfähige Regierung gebildet werden kann. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Volk.

### Der Wille der Wähler muß gelten

Noch bei der Bundespräsidentenwahl haben die Sozialisten für ihren Kandidaten mit dem Hinweis auf das sonst gefährdete Gleichgewicht der Parteien geworben.

Nun aber zeigt sich unverhüllt ihr Streben nach der gesamten Macht im Staat. Während sie von angeblichen Alleinherrschaftsgehlüsten der ÖVP sprechen, greifen sie nach dem Kanzleramt und gefährden so ihrerseits das Gleichgewicht.

Die ÖVP hat ihre Koalitionsgesinnung mehr als einmal bewiesen; sie hat 1945 im Besitz der absoluten Mehrheit nicht allein regiert, sie wird auch in Zukunft für eine Zusammenarbeit eintreten.

Die ÖVP will aber, daß künftig die Entscheidung der Wähler nicht verfälscht und die von ihnen vorgenommene Verteilung der politischen Gewichte respektiert wird.

Die Koalition verliert ihren Sinn, wenn sie durch die parteiegoistische Vetopolitik der SPÖ zu einer Diktatur der Minderheit über die Mehrheit entartet.

### Ein besseres Leben für alle

Diese Wahlen sind auch eine Entscheidung über Österreichs Zukunft in Europa, dessen wirtschaftlicher Zusammenschluß unaufhaltsam fortschreitet. Dieses Europa von morgen wird nicht sozialistisch sein.

Wo immer wesentliche Entscheidungen für die Einigung Europas gefallen sind, hatten nicht sozialistische Parteien, sondern die christlich-demokratischen Parteien die Mehrheit. Auch aus diesem Grund hat Österreich keine Ursache, den seit 1945 bewährten Kurs des innen- und außenpolitischen Verantwortungsbewußtseins gegen ein gefährliches sozialistisches Experiment einzutauschen.

In der Erkenntnis, daß wir in dieser Zeit Entscheidungen von geschichtlicher Tragweite zu treffen haben, legt die ÖVP dem Volk ihr Wahlprogramm vor.

Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind ein unteilbares Ganzes. Deshalb war und ist ausschließlich die Wirtschaftspolitik der ÖVP der Garant für die Sicherheit der Arbeitsplätze, für die Steigerung des Lebensstandards und höhere Sozialleistungen.

### Weder Banknotenpresse noch Steuerschraube

Große, arbeitschaffende Investitionen sind notwendig, um durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Erhöhung der Produktionskraft unserer Wirtschaft mit der europäischen Entwicklung Schritt halten zu können. Unsere Gewerbe- und Industriebetriebe müssen mechanisiert und automatisiert werden. Die Autobahn muß rasch fertiggestellt und die Bundesbahn vollelektrifiziert werden. Durch den Weiterbau von Kraftwerken muß die Energieversorgung gesichert werden. All das erfordert einen Kapitalaufwand, der nicht allein vom Staat und auch nicht von einer einzigen Generation aufgebracht und getragen werden kann.



Die Weisheit der sozialistischen Wirtschaftspolitik endet bei der Inangsetzung der Steuerschraube und damit der Banknotenpresse. Die ÖVP lehnt jede Erhöhung von Steuern und Tarifen ab. Die Steuerbelastung soll vielmehr überall dort, wo sie leistungsfeindlich und produktionshemmend wirkt, weiter abgebaut werden.

Die Deckung des wachsenden Kapitalaufwandes soll durch die Förderung des Sparwillens, insbesondere auch in Form der Anleihezeichnung und des Aktienverkehrs, erfolgen.

### **Neue Entfaltungsmöglichkeiten für den gewerblichen Mittelstand**

Der größere europäische Wirtschaftsraum bedeutet nicht das Ende der Klein- und Mittelbetriebe, sondern bietet ihnen neue Entfaltungsmöglichkeiten. Um diese Möglichkeiten nützen zu können, muß der von der ÖVP eingeschlagene Weg der Steuererleichterungen und der Gewährung billiger Kredite zur Modernisierung und Spezialisierung der Betriebe des gewerblichen Mittelstandes fortgesetzt werden.

### **Schutz des Bauern — Sicherung des täglichen Brotes**

Das Europa von morgen kann nur dann frei von Hunger und Not bleiben, wenn ihm seine Bauern das tägliche Brot geben. 86 Prozent des österreichischen Nahrungsmittelbedarfes werden aus heimischer Scholle gedeckt. Was der Bauer im Schweiß seines Angesichts erarbeitet hat, soll auch zu kostendeckenden Preisen abgesetzt werden können. Deshalb liegt es sowohl im Interesse der bäuerlichen Produzenten als auch der städtischen Konsumenten, den hohen Stand der Eigenversorgung so wie in den meisten europäischen Staaten durch ein Landwirtschaftsgesetz für alle Zukunft sicherzustellen.

### **Unser Endziel: Ein Volk von Eigentümern**

Die ÖVP will das schon bestehende Eigentum vor dem Zugriff des Staates und kollektivistischer Großkonzerne schützen, sie will aber auch die Bildung von neuem persönlichem Eigentum fördern.

Sie betrachtet die bisher erbauten vielen zehntausenden Eigentumswohnungen und die bisher ausgegebenen 100.000 Volksaktien nur als einen ersten Schritt auf einem Weg, dessen Endziel ein Volk von Eigentümern ist. Deshalb tritt sie für den verstärkten Bau von Eigentumswohnungen und Eigenheimen und für die weitere Ausgabe von Volksaktien ein.

Aus der gleichen Überlegung wird sie auch alle praktisch möglichen Wege zu einer noch engeren Verbindung zwischen Kapital und Arbeit, Betrieb, Arbeitern und Angestellten, beschreiten.

### **Wachsendes Sozialprodukt für Arbeiter, Angestellte und Rentner**

Die ÖVP lehnt es als Demagogie ab, schon heute etwas zu verteilen, was erst morgen geschaffen werden kann. Deshalb lehnt sie alle Experimente ab, die den Schilling gefährden, weil sie besonders die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Pensionisten, Rentner und Sparer treffen würden.

Unter Wahrung des Grundsatzes eines ausgeglichenen Staatshaushaltes wird die ÖVP wie bisher für eine sozial gerechte Verteilung des durch ihre vernünftige Wirtschaftspolitik steigenden Sozialproduktes eintreten.

Das gilt besonders für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der öffentlich Bediensteten und den Ausgleich noch bestehender Härten, für die weitere Erhöhung der Renten und für die Verbesserung der Leistungen an Kriegsoffer und sonstige Geschädigte.

### **Hilfe der Gemeinschaft für die Jugend**

Im Europa von morgen wird unser Österreich das sein, was unsere junge Generation aus ihm macht. Die ältere Generation hat der Jugend die Familiengründung, Existenzgründung und Vollendung ihrer Studien durch tatkräftige Hilfe der Gemeinschaft zu ermöglichen. Deshalb hat nun unsere Haupt Sorge der Jugend zu gelten.

### **Für glückliche Familien in menschenwürdigen Heimen**

Die Familie, die den heranwachsenden Menschen formt und dem reifen Menschen die Erfüllung seines Lebens bietet, ist weitgehend zu fördern. Die ÖVP hat mit der Einführung der Kinderbeihilfen und des Familienlastenausgleichs bereits bahnbrechend gewirkt. Auch in Zukunft soll ein wachsendes Sozialprodukt im Wege von Steuererleichterungen und durch den Ausbau der Kinder- und Familienbeihilfen den Familien zugute kommen.

### **Mehr, schneller und besser bauen**

Seit Jahren verlangt die ÖVP eine Generalbereinigung des Wohnungsproblems und stieß dabei ständig auf das Unverständnis der Sozialisten.

Die Lösung dieses Problems kann nicht durch die Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraumes erfolgen, sondern einzig und allein dadurch, daß mehr, schneller und besser gebaut wird als bisher.

Um dies zu erreichen, verlangt die ÖVP Vereinfachung der komplizierten Wohnbaugesetzgebung, straffere Zusammenfassung der vorhan-

denen Mittel, Baukapitalbeschaffung auf breitester Basis, Schaffung einer Bau- und Bodenbank zur Bereitstellung zusätzlicher Wohnbau-gelder.

### **Eine neue Schule für die neue Zeit**

Die Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft beginnt in der Schule und im Hörsaal. Ein hohes Bildungsniveau und die lückenlose Förderung aller Begabungen kann durch technische und wissenschaftliche Höchstleistungen auch einem kleinen Volk ungeahnte Reichtümer erschließen.

Deshalb verlangt die ÖVP, daß die Ausgaben für Schulen, Uni-versitäten und Forschung mit den Ausgaben für öffentliche Inve-stitionen Schritt halten. Die neue Zeit, der wir entgegengehen, er-fordert auch eine neue Schule.

Die ÖVP verlangt die rascheste Verabschiedung eines Schul- und Erziehungsgesetzes, dessen Verwirklichung trotz jahrelanger Verhandlungen am reaktionären Widerstand der Sozialisten scheiterte.

### **Freiheit des Glaubens und des Gewissens**

Die ÖVP ist für eine echte Gesinnungs-, Glaubens- und Gewissens-freiheit. Sie bekennt sich seit jeher zu den sittlichen Grundlagen der christlichen Weltanschauung. Dieses Bekenntnis ent-springt einer Grundsatzhaltung und nicht wahltaktischen oder oppor-tunistischen Überlegungen eines sogenannten neuen Programmes.

Die ÖVP verlangt daher Taten, nicht Worte, so unter ande-rem die rechtliche Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, im besonderen durch die Erneuerung des Konkor-dates, und ein zeitgemäßes Protestantengesetz.

Die Ehe des praktizierenden Katholiken muß von jedem staatlichen Gewissenszwang befreit werden. Die Verweigerung von Zuschüs-sen an die Privatschulen durch die SPÖ ist ein Unrecht an der katholischen und protestantischen Bevölkerung, dessen eheste Beseiti-gung gefordert werden muß.

### **Das Recht steht über den Parteien**

Die ÖVP warnt vor der sozialistischen Illusion, daß der Mensch, in-dem er Verantwortung an Ämter und Behörden abgibt, an Sicherheit gewinnen könne. Die Sicherheit der Nummer im Kollektiv ist trüge-risch, denn sie kann jederzeit ausgelöscht werden. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit muß deshalb vor den Übergriffen der staatlichen Obrigkeit und insbesondere einer Partei durch das Recht ge-schützt werden.

Die ÖVP tritt bedingungslos für die Sauberkeit im öffent-lichen Leben ein. Sie verurteilt jede Korruption, wendet sich aber auch mit Entschiedenheit gegen den Mißbrauch von Justiz und Polizei zu parteipolitischen Zwecken.

Ein solcher Mißbrauch ist der Anfang jener volksdemokratischen Entwicklung, an deren Ende sich eine einzige Partei das Richteramt anmaßt.

### **Militärisch neutral — außenpolitisch aktiv**

Auch in der Außenpolitik bekennt sich die ÖVP zu dem Grundsatz „Recht geht vor Macht“. Sie erneuert ihr Bekenntnis zur verfassungs-mäßig verankerten militärischen Neutralität und deren Schutz durch das Bundesheer. Österreich soll auf dieser Grundlage an der Lösung der großen Friedensaufgaben mitwirken. Eine moralische Verpflichtung Österreichs ist es, dafür einzustehen, daß der Südtiroler Volksgruppe die im Pariser Vertrag ver-brieften Rechte nicht länger vorenthalten werden.

### **Österreicherinnen und Österreicher!**

Dieses Programm legt euch die Österreichische Volkspartei zur Ent-scheidung vor.

In den letzten vier Jahren hatten wir die Aufgaben zu lösen, die sich nach einem Jahrzehnt der Besetzung aus dem 1955 abgeschlos-senen Staatsvertrag ergaben. In den nächsten vier Jahren gilt es, den Grundstein für die Zukunft Österreichs im ersten Jahrzehnt des Europamarktes zu legen.

Auf dem Weg in diese Zukunft können wir durch die bewährte Wirt-schaftspolitik der Volkspartei alles gewinnen, durch sozialistische Experimente aber auch alles in 14jähriger Aufbauarbeit Erreichte ver-lieren. Raab und Kamitz haben Österreich die politische Freiheit und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit erkämpft, mit Raab und Kamitz werden wir auch die neuen, weit über unsere Grenzen hin-ausreichenden Aufgaben meistern.

**Wer keine gefährlichen Experimente, sondern eine existenz-gesicherte Zukunft will,**

**wer die Kaufkraft des Schillings erhalten und jede Geldent-wertung verhindern will,**

**wer gegen den Staatskapitalismus und für das persönliche Eigentum ist,**

**wer keine Nummer im Kollektiv werden, sondern seine per-sönliche Freiheit bewahren will,**

**der wählt am 10. Mai**

### **Liste 1 — Österreichische Volkspartei!**

Eigentümer Herausgeber und Verleger: Österreichische Volkspartei (Bundespartei-leitung) — Für den Inhalt verantwortlich: Rudolf Danzinger, sämtliche Wien I, Kärntner Straße 51 — Rotationsdruck: Hans Bulla & Sohn, Wien IX, Nußdorfer Straße 14.